

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Dagmar Luuk MdB, Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentarier-Gruppe, verurteilt das Marktheidenfelder Treffen der SS-Division, die in Griechenland Massaker verübte: Braune "Traditionsveranstaltungen" endlich verbieten.

Seite 1
Gustav Starzmann MdL weist auf den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der bayerischen Umweltpolitik hin: Der Wald stirbt im Dikicht der Bürokratie.

Seite 2
Dr. Alfred Emmerlich würdigt Leben und Arbeit von Professor e.h. Dr. Robert M.W. Kempner: Dem Ankläger einer Epoche zum 85. Geburtstag. Seite 4

Dokumentation

Auf der Protestkundgebung gegen das SS-Treffen in Marktheidenfeld forderte der SPD-Bundestagsabgeordnete Uwe Lambinus ein Verbot derartiger brauner Veranstaltungen: Schluß machen mit dem SS-Spuk.

Seite 5

39. Jahrgang / 199

15. Oktober 1984

SS-Treffen verbieten

Die Empörung der Menschen in Griechenland über Marktheidenfeld ist nur allzu verständlich

Von Dagmar Luuk MdB
Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentarier-Gruppe

Die bayerischen Behörden haben am vergangenen Wochenende in der fränkischen Stadt Marktheidenfeld ein "Traditionstreffen" von Angehörigen der 4. SS Polizei-Panzergranatierdivision zugelassen. Es ist empörend und schadet dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der ganzen Welt, wenn mit behördlicher Duldung Angehörige einer SS-Division, die Hunderte von Menschenleben auf dem Gewissen haben, regelmäßig zu sogenannten "Traditionstreffen" zusammenkommen.

Die 4. Polizei-Panzergranatierdivision hat in den Jahren 1943/44 in den griechischen Städten und Gemeinden Diston, Kalavrita, Kommeno und Lessovouni ein Blutbad angerichtet und im Auftrag der Nazis Hunderte von Griechen ermordet. Sie ist dabei auch nicht davor zurückgeschreckt, Kinder und Säuglinge umzubringen. Während in jenen griechischen Gemeinden noch heute alljährlich Gedenkfelern in Erinnerung an jene Massaker stattfinden, treffen sich die willigen Werkzeuge des braunen Terrors alljährlich zur "Traditionspflege".

Die Empörung der Menschen in Griechenland über jene Mischung aus Ahnungslosigkeit und Desinteresse mit der hierzulande solche Aktivitäten geduldet werden, ist nur allzu verständlich. Es ist die Pflicht unserer Behörden, solche Treffen in unserem Land zu verbieten und es ist das gute Recht aller Demonstranten durch ihren Protest, auf diese Ungeheuerlichkeit aufmerksam zu machen.

(-/15.10.1984/ks/rs)

+ + +



Der Wald stirbt im Dickicht der bayerischen Bürokratie

Einhalb Jahre nach der Strauß-Ankündigung gibt es immer noch kein Forschungszentrum

Von Gustav Starzmann MdL

Wie hat er sich doch feiern lassen, der Herr Ministerpräsident, als er vor nunmehr einhalb Jahren die umweltpolitische Pioniertat ankündigte, für die Einrichtung eines deutschen Forschungszentrums zur Bekämpfung des Waldsterbens zu sorgen. Doch den großen Worten sind bislang praktisch keine Taten gefolgt. Es geht wie beim Tempolimit: Statt sofort das Mögliche zu tun, statt sofort durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung für eine Reduzierung der unstrittig waldzerstörenden Stickoxide zu sorgen, wird geredet und gestritten, werden Untersuchungen und Forschungsprojekte angekündigt.

Nach wie vor gibt es keine zentral koordinierte Waldsterbensforschung, wie sie Strauß im Mai 1983 der Öffentlichkeit versprochen hatte. Dies geht aus einem Bericht hervor, den Umweltminister Dick jetzt dem Landtag zustellte. Dieser Bericht ist ein trauriges Dokument mangelnder Tatkraft bei der Bekämpfung des Waldsterbens. Während das Waldsterben rapide zunimmt, werden von den bayerischen Ministerien vorwiegend Papiere mit Ankündigungen bedruckt. Der Wald stirbt im Dickicht der Bürokratie.

Der Bericht von Minister Dick geht auf einen interfraktionellen Dringlichkeitsantrag von SPD und CSU vom 8. Mai 1984 zurück. Darin wurde die Staatsregierung ersucht, "unverzüglich bei der Bundesregierung eine Entscheidung über die Bundesbeteiligung an der 'Deutschen Gesellschaft zur Erforschung der Wirkungen von Umweltschadstoffen mbH (DGWU)' herbeizuführen, sowie die Bemühungen um die Koordinierung der Waldschadensforschung einschließlich einer Forschungsplanung intensiv fortzusetzen".

Jetzt ließ Dick wissen: "Nach wie vor wird die Absicht verfolgt, mit dem Bund zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen." Sprich, Strauß hat bei Kohl bislang nichts erreicht. "Die Bundesregierung war bisher nicht bereit, sich an der Gesellschaft zu beteiligen", muß Dick bekennen. In Bonn sei aber, so Dick, als "Sofortlösung" die Geschäftsstelle der interministeriellen Arbeitsgruppe beim Umweltbundesamt personell verstärkt worden. Wahrhaftig eine phantastische Sofortlösung, die den Wald bestimmt rettet.

Und auch eine "bayerische Sofortmaßnahme" gebe es, rühmt Minister Dick: Bei der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH (GSF) sei eine "Projektgruppe zur Koordinierung der Waldschadensforschung in Bayern" eingerichtet worden. Sogar einen Namen hat das Kind schon: "Die Projektgruppe trägt die Bezeichnung 'Projektgruppe Bayern zur Erforschung der Wirkung von Umweltschadstoffen - PBWU'". Also statt der angekündigten deutschen DGWU gibt es nun eine bayerische PBWU.

Ich sag' Bubu, was sagst Du? Muh. Difficile est, satiram non scribere.

Die Projektgruppe PBWU bekommt, so Dick, "zur Aufsicht" einen "Projektrat", in dem vorwiegend Vertreter der Ministerien sitzen. Die dergestalt beaufsichtigte PBWU besteht aus fünf Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen sowie zwei Hilfskräften.



Diese PBWU beginnt aber nun keineswegs mit der Forschung. Vielmehr erforscht sie, was derzeit erforscht wird. Dick: "Die Projektgruppe erarbeitet derzeit eine Zusammenfassung der laufenden Forschungsarbeiten und wird der Staatsregierung Empfehlungen für neue Forschungsansätze und für Forschungsaufträge geben können. Sie leistet damit wertvolle Vorarbeit für die Aufgaben, die eine DGWU später übernehmen kann." Man beachte: Nach eineinhalb Jahren der Strauß-Ankündigung wird also jetzt mit "Vorarbeiten" begonnen. Der Wald scheint nach Ansicht der Staatsregierung sehr viel Zeit zu haben.

Dicks abschließende Würdigung des Wirkens der Staatsregierung: "Die Staatsregierung hat damit das derzeit Mögliche für die Einrichtung eines Zentrums für die Erforschung der neuartigen Waldschäden in Bayern erreicht. Die Gründung einer DGWU wird weiterverfolgt."

Das ist also aus dem bayerischen "Alleingang" geworden, den die Staatsregierung in der Fragestunde des Landtags vom 9. Mai 1984 angekündigt hatte. Wie unangenehm der Staatsregierung das ganze Thema ist, ergab sich bereits aus einem Bericht, den Umweltminister Dick und Landwirtschaftsminister Eisenmann dem Landtag im Juni erstattet hatten. Die Minister stellten hier die bisherigen Forschungsergebnisse "zu neuartigen Waldschäden (Waldsterben)" dar und baten abschließend, von weiteren jährlichen Berichten, wie sie der Landtag auf Antrag der SPD am 3. Mai 1983 angefordert hatte, "entbunden zu werden", weil die Schadensentwicklung sowie die laufenden Forschungen und Gegenmaßnahmen in Anhörungen vor dem Landtag ausführlich behandelt würden. Ich habe allerdings den Verdacht, daß die Staatsregierung deswegen keinen zusammenhängenden Jahresbericht mehr geben will, weil sie nichts für sie Positives mehr zu berichten hat.

(-/15.10.1984/vo-he/rs)

+

+

+



Ein Leben im Kampf gegen den Nazismus
-----**Robert Kempner, der Ankläger einer Epoche, wird 85 Jahre****Von Dr. Alfred Emmerlich MdB****Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag**

Robert M. W. Kempner wird am 17. Oktober 85 Jahre alt. Der breiten Öffentlichkeit im Nachkriegsdeutschland ist er als einer der Hauptankläger in den Nürnberger Prozessen bekannt geworden.

Kempner wurde 1899 in Freiburg/Breisgau als Sohn eines Forscherehepaares geboren - seine Mutter war die Tuberkuloseforscherin Lydia Rabinowitz-Kempner, die vom preußischen König als erste Frau den Professorentitel erhielt. 1926 wurde Kempner ins preußische Innenministerium nach Berlin berufen. Der Mitverfasser des Preußischen Polizei-Verwaltungsgesetzes war ein überzeugter und engagierter Gegner der Nazis und regte 1932 an, die NSDAP aufzulösen, gegen Hitler einen Hochverrats- und Meineidsprozeß anzustrengen und danach den "Führer" als lästigen Ausländer nach Österreich abzuschieben.

Als Hermann Göring 1933 Innenminister wurde, entließ er Kempner sofort aus dem Staatsdienst. Nach kurzer Gestapo-Haft konnte der Regierungsrat a.D. über Italien in die USA auswandern. Dort wirkte er als Universitätslehrer.

Nach Kriegsende wurde er mit dem Stab des amerikanischen Hauptanklägers Robert Jackson nach Nürnberg delegiert. Nicht mit eiferndem Zorn, aber mit Sachkunde und Engagement ging er an diese Aufgabe heran. Dabei kamen ihm seine internen Kenntnisse über die deutsche Verwaltung zugute.

In Nürnberg vernahm er seinen einstigen Chef Hermann Göring ebenso wie andere NS-Größen. Vor dem internationalen Militärtribunal vertrat er die Anklage gegen den später hingerichteten Reichsinnenminister Wilhelm Frick. Im "Wilhelmstraßen-Prozeß" trat er als Hauptankläger auf. Damals erhielt er zu Recht den Namen "Ankläger einer Epoche".

So verwundert es nicht, daß auch heute noch ausländische Regierungen seinen vertraulichen Rat einholen. 1961 war er zur Vorbereitung des Eichmann-Prozesses nach Israel geholt worden, um die Anklagevertretung zu unterstützen.

Durch zahlreiche Veröffentlichungen in Büchern und Zeitschriften hat er das Ausmaß des Grauens und Schreckens im Dritten Reich dargestellt und der historischen Wahrheit gedient.

Noch als 80jähriger hat er sich bemüht, beim Landgericht Berlin ein Wiederaufnahmeverfahren des Reichstagsbrandprozesses im Namen der Familie van der Lubbe durchzusetzen, um die Schuldfrage des von den Nazis hingerichteten Marinus van der Lubbe klären zu lassen.

Robert Kempner ist ein überzeugendes Beispiel dafür, daß der Weg eines "furchtbaren Juristen des Dritten Reiches" nicht zwangsläufig war, sondern daß es damals Juristen gab, die Freiheit und Humanität verpflichtet, der Nazibarbarei entgegentraten und deren weiteres Leben von diesem Widerstand und diesem Kampf gegen den Nazismus geprägt und bestimmt worden ist.

(-/15.10.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Macht Schluß mit dem SS-Spuk!

Der Marktheidenfelder SPD-Bundestagsabgeordnete Uwe Lambinus sprach am Samstag auf der Protestkundgebung gegen das SS-Treffen in seiner Stadt. Wir dokumentieren seine Ausführungen leicht gekürzt.

"Wir sind hier zusammengekommen, um gemeinsam zu demonstrieren und zu protestieren gegen das Treffen der 4. SS-Polizei-Panzergranadierdivision in dieser Stadt. Viele von uns gehören zur Generation der sogenannten "Nachgeborenen". Uns wird die Frage gestellt, woher wir eigentlich die Legitimation nehmen, gegen etwas zu protestieren, was wir selbst nicht erlebt haben. Die Frage scheint bei oberflächlicher Betrachtung berechtigt.

Aber: Leiden nicht auch wir unter den Folgen der Nazi-Herrschaft? Ist unser Vaterland, unsere Nation, ja Europa nicht geteilt? Geteilt auf Grund der verbrecherischen Politik der Nazis? Haben die Initiatoren dieses Treffens bis zum heutigen Tage Worte des Bedauerns oder gar der Bitte um Vergebung für Distomon und Klissura gefunden? Vergeblich haben wir darauf gewartet! Aber auch unsere Geduld ist nicht unendlich! Wer heute, 40 Jahre danach - wie es so schön heißt - noch immer der Auffassung ist, Tradition und Kameradschaft pflegen zu müssen, wird sich die Frage gefallen lassen müssen: Welche Tradition wird hier eigentlich gepflegt? Die der SS? Dies kann und darf doch wohl nicht wahr sein!

Welche Kameradschaft wird hier gepflegt? Die Kameradschaft der mörderischen Henker von Klissura und Distomon? Dies kann und darf doch nicht wahr sein! Wer gibt diesen Herrn der 4. SS-Division eigentlich das Recht, auch die Generation der "Nachgeborenen" mit ihrer falschen Traditionspflege und ihrer Kamaderie zu belasten, gar zu belästigen?

Wer gibt diesen Herrn der 4. SS-Division eigentlich das Recht, sich als Teil der regulären ehemaligen Wehrmacht darzustellen? Wird hier nicht der Versuch gemacht, jeden Landser der ehemaligen Wehrmacht für die SS zu vereinnahmen? Dürfen wir dies zulassen?

Wer gibt diesen Herrn der 4. SS-Division eigentlich das Recht, sich als eine reguläre Polizei-Division auszugeben? Wird hier nicht der Versuch gemacht, die gesamte Polizei in einen Topf zu werfen mit den Verbrechern bei der SS? Dürfen wir dies alles wirklich zulassen?



Wir - die Nachgeborenen - machen uns den Protest und unsere Fragen nicht einfach.
Wir wissen um die Probleme des Befehlsnotstandes.

Wir wissen, daß nicht alle Angehörigen der 4. SS-Polizeidivision Freiwillige oder gar Kriegsverbrecher waren! Aber gerade dieses Wissen zwingt uns dazu Fragen zu stellen. Wir fragen:

- Warum warnen uns diese ehemaligen SS-Angehörigen nicht vor der Gefahr, ebenso verführt zu werden wie sie vorgeben verführt worden zu sein?
- Warum warnen uns diese ehemaligen SS-Angehörigen nicht vor den schrecklichen Folgen blinden Gehorsams?
- Warum warnen uns diese ehemaligen SS-Angehörigen nicht vor überzogenem Nationalismus?
- Warum warnen uns diese ehemaligen SS-Angehörigen nicht vor den fatalen Folgen des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit?

Auf alle diese Fragen haben wir bisher keine Antwort erhalten und werden von jenen auch keine erhalten, die hier in unserer Stadt die "SS als Elite des deutschen Soldatentums" bezeichnet haben und dies noch immer tun.

Wir werden vergeblich auf Antwort warten von jenen, die morgen wieder von "Treue zu Deutschland" reden, aber Deutschland in Wirklichkeit in die größte Katastrophe seiner Geschichte stürzten. Millionen Tote bezeugen es.

Für jene, die ihr Leben lassen mußten, stehen wir hier und fordern Schluß mit dem SS-Treffen in Marktheidenfeld, Schluß mit allen SS-Treffen, wo immer diese auch stattfinden sollen.

Laßt mich aus aktuellem Anlaß auch ein Wort zu jenen sagen, die noch vor wenigen Wochen aus Überzeugung oder zur Beschwichtigung ihres schlechten Gewissens den 40. Jahrestag des deutschen Widerstand am 20. Juli feierlich begangen haben.

Was glauben sie wohl, wo heute die von SS-Mörderhand hingerichteten deutschen Widerstandskämpfer stehen würden, von denen ich nur einige stellvertretend für Tausende nennen möchte. Für die studentische Jugend Hans und Sophie Scholl, für die Kirchen Pfarrer Maximilian Kolbe, Pfarrer Dietrich Bonhoefer, für die deutsche Arbeiterschaft Julius Leber, Ernst Thälmann, für die Intellektuellen Carl von Ossietzky, Erich Mühsam. Sie würden nach meiner Meinung auf der Seite jener stehen, die heute fordern: Macht Schluß mit diesem SS-Spuk - und zwar ein für allemal."

+ + + (-/15.10.1984/ks/rs)

